

Gefahr für die Menschenwürde – und für die Demokratie

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Artikel 1, Grundgesetz

Wer darf in Deutschland sicher leben? Und wer nicht? Für wen gelten die Grundrechte? Und für wen nicht? Rechtsextreme spalten die Gesellschaft in „wir“ und „die anderen“. Sie pochen darauf, die Interessen des „deutschen Volks“ vertreten zu wollen. Wer dazu gehören darf, bestimmen sie. Ein deutscher Pass reicht dafür nicht aus. Die aktuellen Enthüllungen des Recherchenetzwerks Correctiv¹ werfen ein Schlaglicht darauf, welche Folgen mit dieser Ideologie einhergehen. Bei einem geheimen Treffen in Potsdam planten AfD-Politiker:innen, Neonazis und private Unternehmer:innen demnach die Massenvertreibung von Millionen Menschen aus Deutschland. Konkret wurden der Recherche zufolge drei Zielgruppen genannt: Asylbewerber:innen, Ausländer:innen mit Bleiberecht – und „nicht assimilierte Staatsbürger“. Mit anderen Worten: Nicht mehr der Pass legt fest, wer die Staatsbürgerschaft innehat, sondern das Abstammungsprinzip soll dafür herangezogen werden. Diese Pläne sind ein klarer Angriff auf das Grundgesetz – und äußerst gefährlich. Der AfD-Fraktionsvorsitzende in Sachsen-Anhalt, Ulrich Siegmund, forderte dem Bericht zufolge: Es solle in Sachsen-Anhalt „für dieses Klientel möglichst unattraktiv sein zu leben“.²

Diese Ideologie wird unter dem verharmlosenden Begriff der „Remigration“ offen propagiert. Rechte Parteien machen immer wieder klar, dass sie die Einwanderungsgesellschaft als „ernste Bedrohung“ für den „Fortbestand der Nation“ ansehen – und rufen dazu auf, die „deutsche Identität“ zu schützen.³ Dabei erklären viele Stimmen unverhohlen, dass sie auch nicht vor Gewalt zurückschrecken. Allen voran der rechtsextreme Spitzenpolitiker Björn Höcke sagt offen, dass er die Anwendung massiver und brachialer Gewalt anstrebt.⁴ Seine Parole lautet: „Deutschland Stück für Stück zurückholen.“ Der Thüringer AfD-Chef verkündete bereits 2018 in seinem Buch, dass ein „großangelegtes Remigrationsprojekt“ notwendig sein werde. „Und bei dem wird man, so fürchte ich, nicht um eine Politik der ‚wohltemperierten Grausamkeit‘ [...] herumkommen. Das heißt, dass sich menschliche Härten und unschöne Szenen nicht immer vermeiden lassen werden.“⁵

Auch wenn nicht alle AfD-Politiker:innen zu so drastischen Worten greifen, so verstößt ihr Volksbegriff dennoch eindeutig gegen die Verfassung. Artikel 1 des Grundgesetzes legt fest, dass die Würde jedes Menschen unantastbar ist. Alle Menschen haben die gleichen Rechte. Die

¹ <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/>

² ebenda

³ https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Analyse_Studie/Analyse_Warum_die_AfD_verboten_werden_koennte.pdf

⁴ ebenda

⁵ ebenda

deutsche Geschichte lehrt uns, wohin es führen kann, wenn Menschengruppen wegen ihrer Herkunft oder Religion pauschal abgewertet und diskriminiert werden. Kommen Rechtsextreme an die Macht, ist die Gefahr groß, dass sie – Schritt für Schritt – unsere Demokratie aushöhlen.

+Warum die Demokratie nicht selbstverständlich ist

Auch wenn es schwer vorstellbar ist: Unsere Demokratie ist nicht in Stein gemeißelt, sondern muss immer wieder verteidigt werden. Zu den Grundpfeilern gehören eine unabhängige Justiz und freie Wahlen. Auch freie Medien spielen eine wichtige Rolle. All diese Prinzipien könnte die AfD nach und nach aushebeln. Schon auf Landesebene ist viel möglich. So können die Länder unter anderem Einfluss auf die Justiz nehmen. Außerdem sind sie zuständig für Polizei- und Ordnungsrecht sowie Verfassungsschutz. Sie können ins Rundfunk- und Presserecht eingreifen. Und auch Bildung und Kultur sind in ihrer Hand.

Kommt die Macht in die falschen Hände, sind düstere Szenarien denkbar. Die Gewaltenteilung lässt sich Stück für Stück aufheben, autoritäre Strukturen ersetzen demokratische Prozesse. Irgendwann lässt sich so eine Partei nur noch schwer abwählen, wie ein Blick nach Russland oder in die Türkei zeigt. Auch Ungarn verdeutlicht: Es braucht keinen Straßenkampf oder Militärputsch, um die Demokratie zu gefährden. Sie bröckelt langsam. Zur Erinnerung: Auch Adolf Hitler kam nicht durch einen gewaltsamen Umsturz an die Macht, sondern durch einen regulären Regierungswechsel. Die NS-Diktatur ersetzte die Demokratie.

+ Warum die AfD rechtsextrem ist

Seit Jahren wird die AfD immer radikaler, gemäßigtere Kräften haben nichts mehr zu melden. Auch wenn sicher nicht alle Politiker:innen rechtsextreme Parolen teilen, so gibt die völkisch-nationale Szene um Neonazis wie Björn Höcke klar die Marschrichtung vor. Die Parteispitze ist eng verwoben mit rechtsextremen Personen. Ein Blick ins Parteiprogramm zeigt, dass die Partei sich Mühe gibt, nach außen nicht ganz so radikal aufzutreten und ihre wahren Absichten mitunter zu verschleiern. Viele Punkte klingen auf dem Papier weicher. Viele Reden der Spitzenpolitiker:innen lassen im Kern keinen Zweifel an der rechtsextremen Linie. Auch das Landgericht Gießen erklärte vor einiger Zeit, dass die AfD offiziell als rechtsextrem bezeichnet werden darf.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz prüft, ob die gesamte AfD als rechtsextrem eingestuft werden kann. So ein Verfahren dauert mehrere Jahre. Solange gilt die Bundespartei als Verdachtsfall. Auch sechs Landesverbände werden aktuell noch geprüft. Als gesichert rechtsextrem eingestuft hat der Verfassungsschutz nach Sachsen-Anhalt und Thüringen zuletzt den Landesverband der AfD in Sachsen.⁶ Dabei stellte die Landesbehörde fest, dass sich zahlreiche Positionen gegen die Grundprinzipien unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung richten und ihr rassistischer Volksbegriffs im Nationalsozialismus wurzelt. Migrant:innen würden von der AfD als Menschen zweiter Klasse angesehen und pauschal

⁶ https://www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/Einstufung_AfD_Dezember_2023.pdf

verächtlich gemacht. Die Partei vertrete völkisch-nationalistische Positionen, wie ‚Make Europa beautiful and white again‘⁷, heißt es als Beispiel. Die Islam- und Muslimfeindlichkeit des AfD-Landesverbandes drücke sich insbesondere dadurch aus, dass männliche Migranten aus dem arabischen Raum mit einer drastischen, angsteinflößenden Wortwahl pauschal öffentlich diffamiert und diskriminiert werden. Damit schüre der AfD-Landesverband fortwährend Ängste und Ressentiments gegen Menschen mit ausländischen Wurzeln in der Bevölkerung – und stelle offen die im Grundgesetz verankerte Menschenwürde in Frage.

+ Warum es Gründe für ein Verbot der AfD gibt

Das Deutsche Institut für Menschenrechte kommt in einer Analyse zu dem Ergebnis: Von der AfD geht eine „erhebliche Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung“ aus.⁸ Die Partei verbreite rassistisches und rechtsextremes Gedankengut, das sich gegen die in Artikel 1 Absatz 1 des Grundgesetzes verbrieften Garantien richtet. Deshalb liegen ihrer Auffassung zufolge die materiell-rechtlichen Voraussetzungen für ein Verbot nach Artikel 21 des Grundgesetzes vor. Ob ein Verbotsverfahren tatsächlich sinnvoll ist oder nicht, ist zu diskutieren. Zudem steht fest, dass so ein Verfahren viele Jahre dauern würde.

Nichtsdestotrotz sind die Argumente von zentraler Bedeutung. Das Gutachten argumentiert vor allem damit, dass die AfD den Kern des Grundgesetzes angreife: Die Würde aller Menschen. Ihrer Ideologie zufolge werde die „deutsche Kultur“, als Merkmal von Identität und Überlegenheit „von Generation zu Generation“ weitergegeben. In ihrem Leitantrag zum Sozialstaat beschränke sie Hilfe und Solidarität „innerhalb unseres Volks.“ Deshalb wollten sie beispielsweise alle von der Altersrente ausschließen, die ihrer Ideologie zufolge nicht zum deutschen Volk zählten. Die Analyse zeigt auf, dass die AfD systematisch Menschen abwertet, die mangels „deutscher Identität“ nicht dazugehörten – und sie als „ernste Bedrohung“ bezeichnet. Alexander Gauland, Ehrenvorsitzender der AfD, wird mit den Worten zitiert: „Wir werden uns unser Land und unser Volk zurückholen.“ Zudem attackierte er die Aussagen der damaligen Integrationsbeauftragten der Bundesregierung, Aydan Özoğuz, zum Thema deutsche Leitkultur mit den Worten: „Das sagt eine Deutsch-Türkin. Ladet sie mal ins Eichsfeld ein und sagt ihr dann, was spezifisch deutsche Kultur ist. Danach kommt sie hier nie wieder her, und wir werden sie dann auch, Gott sei Dank, in Anatolien entsorgen können.“⁹

Immer wieder warnt die AfD vor einem „großen Austausch“ beziehungsweise einer „Umvolkung“. Diese ideologischen Kampfbegriffe gehen auf den Nationalsozialismus zurück. Dabei handelt es sich um eine Verschwörungstheorie, der zufolge die Migration bewusst darauf abzielt, das weiße-deutsche Volk zu ersetzen. „Der Bevölkerungsaustausch läuft in Deutschland auf Hochtouren“, sagte etwa Gauland 2018. Die damalige Bundesregierung unter Angela Merkel wolle „den Bevölkerungsaustausch unumkehrbar machen. Wir sollen als Volk und als

⁷ ebenda

⁸ https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Analyse_Studie/Analyse_Warum_die_AfD_verboten_werden_koennte.pdf

⁹ ebenda

Nation allmählich aussterben“ und „für die Einwanderer arbeiten, damit die in Ruhe Kinder in die Welt setzen und den Bevölkerungsaustausch vollenden können.“

Das Gutachten verweist auch darauf, dass sich die AfD offen zum Nationalsozialismus bekennt. Als Beispiel verweist die Analyse unter anderem auf ein Foto, das der AfD-Bundestagsabgeordnete Stefan Keuter per WhatsApp verschickt habe: Darauf zu sehen sei ein Stahlhelmsoldat am Maschinengewehr, versehen mit der Aufschrift: „Das schnellste deutsche Asylverfahren, lehnt bis zu 1.400 Anträge in der Minute ab!“¹⁰

Als AfD-Spitzenkandidat für die Europawahl wurde Maximilian Krah aufgestellt, der zum völkisch-nationalistischen Lager der Partei gehört und auf die Unterstützung von Björn Höcke zählen kann. Bei den Nominierungen wurde klar, dass sich die Partei weiter radikalisiert. „Was wir wirklich fürchten müssen, das ist nicht der menschengemachte Klimawandel. Nein, wir sollten uns vielmehr fürchten vor dem menschengemachten Bevölkerungswandel, der das alte Europa zu einem Siedlungsgebiet für Millionen Afrikaner und Marokkaner umwandeln soll“, verkündete etwa Irmhild Boßdorf, die auf Platz 9 gewählt wurde.¹¹ Und weiter: „Was wir brauchen, sind Pushbacks, egal, was der Europäische Gerichtshof dazu sagt.“ Damit rief die Kandidatin offen zu einem Rechtsbruch auf. In seiner Rede betonte der AfD-Kandidat René Aust, auf Listenplatz 3: „Niemand betritt den Kontinent, von dem wir nicht wollen, dass er ihn betritt – wir werden ihn nicht zu eurer Heimat machen.“¹²

Solche Parolen vergiften das Klima in der Gesellschaft und stellen einen Angriff auf unser Grundgesetz dar.

+ Was die AfD konkret in Thüringen plant

Ein Blick nach Thüringen zeigt, was die AfD konkret vorhat. Der Landeschef Björn Höcke machte in seiner Rede im November 2023 klar, was er in Thüringen als Erstes in Angriff nehmen will, sofern die AfD Regierungshandeln mitbestimmt. „Wir werden einen langen Weg des Aufräumens und des Neuaufbauens gehen“, kündigt der Politiker an, der laut Gerichtsurteil als Nazi bezeichnet werden darf. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist der AfD seit jeher ein Dorn im Auge. Deshalb will Höcke den Medienstaatsvertrag kündigen. Stattdessen soll es seinen Plänen zufolge einen sehr stark reduzierten „Grundfunk“ geben, der nicht über einen „Zwangsbeitrag“, sondern über Steuern finanziert werden soll. Damit wäre der Rundfunk vom Staat abhängig. Zudem will die AfD den Verfassungsschutz in Thüringen umkrepeln. Höcke plant, der Behörde sämtliche Kompetenzen zur Überwachung zu entziehen. Seinem Willen zufolge soll sich der Verfassungsschutz nur noch um Wirtschaftsspionage und Cyberkriminalität kümmern. Außerdem kündigte Höcke an, den jetzigen Thüringer Verfassungsschutzpräsidenten Stephan Kramer abzusetzen. Gestrichen werden sollen auch Fördergelder für Projekte für Vielfalt und Demokratie. Die AfD will dem zivilgesellschaftlichen Engagement gegen Rechtsextremismus einen Riegel vorschieben.

¹⁰ ebenda

¹¹ <https://www1.wdr.de/nachrichten/impuls-afd-keine-normale-partei-100.html>

¹² <https://www.nzz.ch/international/die-afd-will-eine-festung-europa-und-weniger-migration-ld.1749517>

+Fazit

Die AfD verhöhnt den Grundsatz, dass alle Menschen gleich sind, unabhängig von ihrer Herkunft, Hautfarbe oder Religion. Die AfD schürt Ängste, fördert Hass und Hetze und spaltet unsere Gesellschaft. Sie macht rassistische und antisemitische Parolen wieder salonfähig. Und stellt eine große Gefahr für unsere Demokratie und für unser friedliches Zusammenleben dar.

Deshalb sind wir alle gefragt. Auf unsere Stimme kommt es an. Und dies jeden Tag: auf Klassenfesten und Betriebsausflügen, in der Straßenbahn, bei Familientreffen und an der Supermarktkasse. Nach Kräften gilt es, die Menschenwürde und unsere Demokratie zu verteidigen. Auch Vereine, Organisationen und Verbände sind gefordert, Flagge zu zeigen und Position zu beziehen. Sie müssen sich klar gegen Rassismus, Antisemitismus, Rechtsextremismus und gegen jede Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit abgrenzen – und deutlich machen, dass rechtsextremistische Positionen mit ihren Werten *unvereinbar* sind. Fest steht: Nur gemeinsam können wir Rechtsextremen etwas entgegensetzen. In unser aller Interesse.

Darmstadt, 31. Januar 2024